

Bericht über die Gemeinderatsitzung vom 22.04.2024

Herr Bürgermeister Richter begrüßte zu der öffentlichen Gemeinderatsitzung den Gemeinderat und alle Anwesenden.

Anfragen aus der Bürgerschaft

Anfrage zu Tagesordnung: Ein Bürger regte an die Tagesordnung, speziell bei Bausachen, konkreter zu formulieren.

Anfrage zu „Spielstraße Vogelsangstraße“: Eine weitere Frage eines anderen Bürgers war, wann das Thema „Spielstraße“ in der Vogelsangstraße angegangen und umgesetzt werde. Herr Richter antwortete, dass die Verwaltung als nächsten Schritt die Anwohner hierzu anschreibe. Aufgrund vieler anstehender Arbeiten ist man hierzu noch nicht gekommen.

Anfrage zu „Flüchtlinge in der Vogelsangstraße“: Anwohner stellten die Frage, wie die Strategie der Gemeinde aussehe aufgrund der zugenommenen Lautstärke in der Vogelsangstraße seit dort Flüchtlinge untergebracht wurden. Man sehe dringenden Handlungsbedarf. Herr Richter antwortete, dass regelmäßig der Soziale Dienst in der Gemeinde sei und die ukrainischen Flüchtlinge intensiver betreue. Es werden zum Beispiel Fahrten zur medizinischen Versorgung, zum Jobcenter und Beratungsgespräche zur Integration geführt. Der Soziale Dienst unterstützt auch die Arbeitsvermittlung. Oft sind mangelnde Deutschkenntnisse der Grund für die Nichteinstellung. Die angebotenen Deutschkurse sind alle ausgebucht. Alle Verantwortlichen sind intensiv bei der Betreuung und Unterstützung. Aufgrund auch weiterer Verantwortung ist aber auch die Zeit hierfür begrenzt. Die Gemeinde ist intensiv auf der Suche nach einer alternativen Unterbringung. Eine weitere Unterstützung erfolge durch die Kooperationsvereinbarung mit dem Malteser Hilfsdienst über die soziale Betreuung von Flüchtlingen.

Beitritt der Gemeinde zum Klimaschutzpakt Baden – Württemberg

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden die Klimaschutzbeauftragten Frau Roth und Herr Biesinger begrüßt. Es wurde informiert, dass die vom Land Baden-Württemberg gesetzten Klimazielen weitergehen als die von der Europäischen Union und der Bundesregierung beschlossenen wurde. In seinem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (KlimaG BW) ist die Treibhausgasneutralität bis 2040 niedergeschrieben. Damit kommt der öffentlichen Hand eine besondere Vorbildfunktion zu, welche Städte, Gemeinden und Landkreise durch die Unterzeichnung des Klimaschutzpaktes (zwischen Land und kommunalen Landesverbänden) unterstützen können. Herr Schröder stellte die Frage, ob die Klimaschutzbeauftragten nur für den GVV – Neckartenzlingen arbeiten oder auch darüber hinaus. Klimaschutz ist sehr wichtig, aber die Finanzierung und damit verbundene monetäre Ausgaben sehe er kritisch. Herr Richter antwortete, dass mit dem heutigen Beschluss keine Ausgaben verbunden sind. Man sichere sich für die Zukunft Zuschüsse für Projekte, die nur bewilligt werden, wenn die Gemeinde die unterstützende Erklärung unterzeichnet habe. Informationen zu den Aufgaben der Klimaschutzbeauftragten werde in der öffentlichen Versammlung des GVV – Neckartenzlingen, die am 26. Juni geplant sei und zu der noch eingeladen werde,

ausführlich berichtet. Frau Roth und Herr Biesinger informierten, dass sie ausschließlich für den GVV – Neckartenzlingen arbeiten. Man ist dabei bei allen kommunalen Gebäuden die Daten zu erheben. Herr Reimer begrüßt diesen Schritt und betont die Wichtigkeit sich für den Klimaschutz einzusetzen und danach zu handeln.

Beschluss mehrheitlich; eine Gegenstimme Herr Schröder:

Der Gemeinderat beschließt die Unterzeichnung des 4. Klimaschutzpaktes Baden – Württemberg.

Musikschule Neckartailfingen – Zuschussantrag für das Jahr 2024

Der Vorsitzende informierte über den Bildungsauftrag der Musikschule. Aus der Gemeinde Schlaitdorf werden aktuell 31 Schüler unterrichtet. Die Zahl ist abnehmend und bereite Sorgen für die Zukunft. Im Jahr 2023 waren es 36 Schüler, 2022 waren es 37. Der Klavierunterricht, elementare Musikpädagogik, Blockflöte und Gitarre sind die am meisten gebuchten Angebote. Die Zuschusspauschale betrage je Schüler 145 € und ergibt somit eine Zuschusssumme von 4.495 €.

Beschluss einstimmig:

Der Gemeinderat stimmt der Gewährung des beantragten Zuschussbetrages der Musikschule Neckartailfingen in Höhe von 4.495 € für das Jahr 2024 zu.

Kooperationsvertrag Glasfaserausbau – Abstimmung der weiteren Vorgehensweise

Am 18.07.2022 hat der Gemeinderat dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung (KV) zum eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau im Cluster Aichtal/Neckartailfingen/Schlaitdorf zugestimmt. Mit Schreiben vom 09. Oktober 2023 informierte die DGA die Gigabit Region Stuttgart (GRS), die Bürgermeister/-innen der betroffenen Gemeinden und Städte sowie die Breitbandzweckverbände der Landkreise darüber, dass sich aufgrund verändernder Finanzierungsparameter sowie steigender Beschaffungskosten ausgelöst durch vermehrt kürzlich aufgetretener geopolitischer Auseinandersetzungen eine Überprüfung der Gesamtwirtschaftlichkeit des geplanten eigenwirtschaftlichen Breitbandausbaus durchgeführt werde. Wegen der Komplexität dieses Prozesses sei nicht mehr von einem Baustart im Jahr 2023 auszugehen. Bei der rechtlichen Beurteilung der Situation stellt sich die Sachlage derzeit so dar, dass der bisherige Nichtausbau trotz Erreichung der festgelegten Vorvermarktungsquote nicht dem in der Kooperationsvereinbarung (KV) vertraglich vereinbarten sowie öffentlich kommunizierten Vorgehensweise entspreche. Der seitens der DGA sowohl hinsichtlich des aktuellen als auch des zukünftigen Vorgehens unzureichende Informationsfluss gegenüber den betroffenen Kommunen ist mit Blick auf die geschlossene KV als kritisch anzusehen. Denn die DGA hat sich vertraglich dazu verpflichtet, den Ausbau des Glasfasernetzes durchweg in konstruktiver und enger Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern erfolgen zu lassen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es aufgrund der aktuellen Ausbausituation und insbesondere der Vorgehensweise der DGA zu einem sehr starken Vertrauensverlust in die DGA und damit verbunden in das Gesamtprojekt gekommen ist. Diesen Vertrauensverlust hat die DGA zu vertreten. Gemeinsam mit den Clusterpartnern Aichtal und Neckartailfingen sowie unterstützt durch die Breitbandversorgung Landkreis Esslingen und Gigabitregion Stuttgart sind wir dabei diesen Prozess juristisch zu prüfen und begleiten zu lassen. Damit der Vertrag gekündigt werden kann ist der DGA eine Frist zu setzen um einen Baustart zu ermöglichen. Die Gemeinde hat der DGA deshalb eine letzte Frist bis zum 30.06.2024 gesetzt um mit dem Ausbau beginnen zu können. Sollte die Frist erfolglos verstreichen schlägt die Verwaltung die Aufkündigung des Kooperationsvertrages vor.

Herr Lenz stellte die Frage, ob es Alternativen gebe. Hierauf antwortete der Vorsitzende, dass die Gemeinde Schlaitdorf gemeinsam mit der Stadt Aichtal, der Gemeinde Neckartailfingen, dem Landratsamt (Zweckverband Breitbandversorgung) und der Gigabitregion Stuttgart nach Möglichkeiten und Firmen suche die einen Ausbau in den drei Kommunen ausführe. Eine weitere Frage war, ob Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden könnten. Diese Frage konnte in der Gemeinderatsitzung nicht direkt beantwortet werden. Inzwischen liegt folgende Information vor: Ob für die Kommune oder den betroffenen Bürger ein Anspruch auf Schadenersatz bestehe sei von einem Rechtsanwalt juristisch zu prüfen. Es werde darauf hingewiesen, dass es sich um einen eigenwirtschaftlichen Ausbau handelt, der Schadensnachweis sehr komplex sei und das Glasfasernetz ein Parallelnetz zu dem vorhandenen Kupfer- und Kabelnetz ist. Herr Dellin stellte die Frage, ob die abgeschlossenen Verträge der Endkunden, die einem Glasfaserausbau zugestimmt haben, für einen Ausbau in der Zukunft berücksichtigt werden können? Hierzu werde von der Verwaltung mitgeteilt, dass die GVG Endkundenverträge nicht gekündigt werden sollten. So hat die GVG eine Chance, die Vorvermarktungsinvestitionen und die erreichten Kunden eventuell durch einen eigenen Ausbau ohne die Deutsche Giga Access (DGA) umzusetzen.

Beschluss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, sollte bei Fristablauf zum 30.06.2024 nicht mit dem Glasfaserausbau begonnen worden sein, den Kooperationsvertrag zu kündigen.

Sanierung Feldweg

In der Gemeinderatsitzung am 16. Oktober 2023 wurde über die Sanierung von Feldwegen beraten. Beschlossen wurde, dass die Vergabe der Sanierung des Feldweges nördlich der B 27 (Weg zum Grünschnittplatz) und der Grundweg an die Firma „Schäfer Wege- und Landschaftsbau“ vergeben wird. Die Firma wurde unmittelbar nach Beschluss schriftlich über die Vergabe informiert und beauftragt. Die Arbeiten wurden noch nicht begonnen. Die Gemeindeverwaltung ist im direkten Kontakt mit der Firma. Nach Rückmeldungen ist davon auszugehen, dass die Arbeiten in diesem Jahr ausgeführt werden.

Die Beratungen zur Feldwegsanierung haben ergeben, dass der Feldweg im Gewann „Kleines Feldle“ im Jahr 2024 saniert werden solle. Dieser sei dann nicht nur provisorisch zu richten sondern entsprechend der Nutzung. Die Verwaltung hat fünf Firmen angeschrieben und um Abgabe eines Angebotes gebeten. Es wurden 2 Angebote zugesendet. Günstigster Bieter war die Firma Böppe Garten- und Landschaftsbau mit einem Preis von 36.459,22 €. Bieter B lag bei 70.000 €.

Beschluss einstimmig:

- 1. Die Firma „Peter Böppe – Garten- und Landschaftsbau“ wird mit den Sanierungsarbeiten und einer Vergabesumme von 36.459,22 € beauftragt die Arbeiten am Feldweg im Gewann „Kleines Feldle“ auszuführen.**
- 2. Der Weg wird nach der Ernte und mit vorheriger Absprache mit den Bewirtschaftern der angrenzenden Flächen saniert.**

Verschiedenes

Kitaleitung: Der Vorsitzende informierte, dass Frau Dellin zum 01.09.2024 die Stelle der Kitaleitung abgeben werde. Man habe die Stelle ausgeschrieben. Als Nachfolgerin habe man sich für Frau Stoll entschieden. Man sehe in Frau Stoll eine junge Fachkraft mit Zukunft. Als langjährige Mitarbeiterin in der Kita Schlaitdorf ist sie mit allen Abläufen sehr gut vertraut. Aufgrund des bestehenden Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich ist mit ein Ziel das Personal zu binden.

Kernzeit: Die Leitung und auch für den Mitarbeiterbereich sind die Stellen noch zu besetzen.

Löschwasserbehälter: Die Baugrube ist ausgehoben, für die Sicherheit ist die ausführende Baufirma verantwortlich. Die Lieferung für den Löschwasserbehälter ist für Freitag, 26. April geplant.

Spielplatz Wasenweg: Der Umbau des Spielplatzes erfolgte wie beschlossen. Der Aufbau von dem Spielehäuschen erfolgte auf dem Teckspielplatz.

Benutzungsordnung Schulhof: Eine Abstimmung erfolgte mit dem Datenschutzbeauftragten. Sobald die Schilder geliefert worden sind werden diese angebracht.

Herr Reimer stellte eine Frage zu dem in der Nürtinger Zeitung am 13. April veröffentlichten Artikel „Bürgermeister Sascha Richter vermutet falsche Ukrainer in Schlaitdorf“. Die dort abgedruckten Äußerungen seien rassistisch. Er habe mit dem Redakteur Rücksprache gehalten und es wurde bestätigt, dass diese auch so gesagt wurden. Er bittet den Bürgermeister um Stellungnahme. Herr Richter antwortete, dass er den Artikel als sehr unglücklich ansehe. Er setze sich für die Unterbringung und Integration aller Flüchtlinge ein. Der Verdachtsfall ist nicht wie in der Zeitung abgedruckt entstanden, sondern aufgrund, dass überwiegend Fahrzeuge mit ungarischen Kennzeichen an den Unterkünften parken. Nach Rücksprache und Erkenntnissen mit dem Innenministerium wurde bestätigt, dass in der ungarisch-ukrainischen Grenzregion viele Personen, die infolge der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft sowohl die Ukrainische und auch die Ungarische Staatsangehörigkeit besitzen. Auch ist bekannt, dass eine Vielzahl erst kürzlich

ausgestellter Reisepässe vorliege. Die Schwierigkeit und Tragweite ist den Behörden bekannt. Eine Überprüfung, welche Staatsangehörigkeit die Flüchtlinge in Schlaitdorf besitzen ist noch nicht abschließend geklärt. Herr Schröder argumentierte dazu, dass mit Zuwanderung und Arbeitskräfte aus dem Ausland Deutschland zu seinem heutigen Wohlstand gekommen sei. Flüchtlinge dürfen nicht dauerhaft auf Kosten unseres Sozialsystems Leistungen beziehen. Herr Lenz sagte, dass die kommunale Selbstverwaltung die Wurzeln der Demokratie ist, aber systematisch überfordert sei. Ein Auseinanderdriften zwischen Berufspolitik und kommunale Ebenen werde immer spürbarer. Er blicke mit großer Sorge in die Zukunft.